



PRESSEMITTEILUNG

Magdeburg, 13. Oktober 2023

Ansprechpartner:

Matthias Ohms

matthias.ohms@erinnern.org

Tel: 0391 244 55 924

Fax: 0391 244 55 998

www.erinnern.org

„Wir stehen solidarisch an der Seite Israels“

Mit ihrem beispiellosen Großangriff auf Israel stellt die radikalislamische Hamas das Existenzrecht des jüdischen Staates in Frage. Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt stellt sich solidarisch an die Seite Israels. Das überfallene Land habe das Recht, sich konsequent gegen den Terror zu verteidigen.

Im Sinne ihres Leitbildes setzt sich die Stiftung für Freiheit, Demokratie und Toleranz ein. Als Akteurin der historisch-politischen Bildung sieht sie ihre Aufgabe darin, die Auseinandersetzung mit historischen Verbrechen des 20. Jahrhunderts zu fördern. Mit dieser Arbeit verbindet sich die Hoffnung, dazu beizutragen, dass derartige nicht erneut geschieht.

Als Überlebende des Holocaust am 14. Mai 1948 in einem Teil des britischen Mandatsgebiets Palästina die Gründung Israels proklamierten, verwirklichten sie damit den lang gehegten Traum nach einem „Nationalstaat des jüdischen Volkes“. Der Preis dafür war jedoch hoch, weil innere und äußere Feinde sich nicht mit der Existenz des jüdischen Staates abfanden: Um sich gegen die permanente Infragestellung seiner Existenz zu behaupten, war Israel gezwungen, sich in bisher acht Kriegen zur Wehr zu setzen.

Am 7. Oktober 2023, fast auf den Tage genau 50 Jahre nach Beginn des Jom-Kippur-Kriegs 1973, als Ägypten und Syrien gemeinsam Israel überfielen, unternahm die radikalislamische Terrororganisation Hamas einen neuerlichen Großangriff. Flankiert von tausenden Raketen, die sie von Gaza aus abfeuerten, drangen palästinensische Terroristen auf israelisches Territorium vor, wo sie sich grausam an der dortigen Bevölkerung vergingen. Ersten Medienberichten zufolge wurden an diesem Tag rund 900 Frauen, Männer und Kinder brutal getötet, 2.600 verletzt und 150 gewaltsam nach Gaza verschleppt. Nach Angaben des israelischen



Präsidenten Jitzchak Herzog wären seit dem Holocaust nicht mehr so viele Juden an einem Tag getötet worden.

Am 18. März 2008 hatte die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem israelischen Parlament – der Knesset – erklärt, dass Israels Sicherheit Teil deutscher Staatsräson ist. Nach Ansicht von Stiftungsdirektor Dr. Kai Langer lässt sich daraus nicht nur eine klare Verurteilung der Hamas und der von ihr zu verantwortenden Gräueltaten ableiten, sondern eine ebenso klare Betonung des legitimen Selbstverteidigungsrechts Israels.

„In dieser existenziellen Situation“ - so Langer - „stehen wir solidarisch an der Seite Israels. Weil auch bei uns in Deutschland Israelfeindschaft, Judenhass und Antisemitismus keinen Platz haben dürfen, müssen antisemitische Hetze auf der Straße und im Netz sanktioniert, jüdische Einrichtungen und jüdisches Leben geschützt und historisch-politische Bildungsangebote gestärkt werden.“ Hier habe unser Land seiner historischen Verantwortung für die nationalsozialistische Vernichtungspolitik an Jüdinnen und Juden gerecht zu werden.